

Rede von Klaus Kinkel vor dem Bundestag (5. März 1998)

Quelle: Web-Archiv - Kinkel: Rede anlässlich der zweiten Beratung und Schlußabstimmung des Regierungsentwurfs eines Gesetzes zum Vertrag von Amsterdam im Deutschen Bundestag. [ONLINE]. [Berlin]: Auswärtiges Amt, [27.10.2004]. Verfügbar unter [HTTP://www.auswaertiges-amt.de/www/de/infoservice/download/pdf/reden/1998/r980305a.pdf](http://www.auswaertiges-amt.de/www/de/infoservice/download/pdf/reden/1998/r980305a.pdf).

Urheberrecht: (c) Auswärtiges Amt

URL:

http://www.cvce.eu/obj/rede_von_klaus_kinkel_vor_dem_bundestag_5_marz_1998-de-8e3f770f-9eef-4484-bbfb-dedco8b4f6f6.html

Publication date: 08/08/2016



Rede des Bundesministers des Auswärtigen Dr.Klaus Kinkel am 5. März 1998 im Deutschen Bundestag anlässlich der zweiten Beratung und Schlußabstimmung des Regierungsentwurfs eines Gesetzes zum Vertrag von Amsterdam

Derzeit wird "Geschichte" für Europa gemacht und zwar "gute Geschichte".

Die Weichen, die wir in den letzten Wochen und Monaten für Europa gestellt haben in Madrid, in Amsterdam, in Luxemburg, sind vergleichbar mit den Grundentscheidungen der 50er Jahre für EG und NATO.

Das sollten wir über den Tagesereignissen nicht aus dem Auge verlieren!

Die Europäische Union hat das Zusammenwachsen und die Modernisierung unseres Kontinents in die Hand genommen.

Mit Entschlossenheit und mit Erfolg.

Ein Grund für Optimismus und Zuversicht!

Die klare pro-europäische Politik der Bundesregierung hatte an diesem Erfolg wesentlichen Anteil.

Das wird in ganz Europa anerkannt.

Wir Deutschen haben nach der Wiedervereinigung Wort gehalten!

Wir wissen, daß wir wegen der Größe, der Lage und der Geschichte unseres Landes in punkto Europa mehr als andere in der Verantwortung stehen.

Wir haben diese Verantwortung und Verpflichtung angenommen.

Europas Einigung und Modernisierung ist für uns die beste Zukunftspolitik!

Dieser Weg ist und bleibt ohne Alternative.

Meine Damen und Herren,

am 1. Januar 1999 übernehmen wir die Präsidentschaft im Rat der Europäischen Union.

Auf uns wartet ein dichtes Programm:

- Am 1. Januar 1999 werden der Euro starten und die Europäische Zentralbank in Frankfurt ihre Arbeit aufnehmen.
- Die Erweiterungsverhandlungen nehmen Fahrt auf.
- Weitere Etappen: der Europäische Rat in Köln,
- der EU-Lateinamerika-Gipfel,
- das EU-Asien-Treffen,
- unser zeitgleicher Vorsitz in der G7/G8-Gruppe
- und der Weltwirtschaftsgipfel ebenfalls in Köln.

Deutschland übernimmt das EU Steuerrad also in einer ganz entscheidenden Phase.

Die Erwartungen unserer Partner an uns sind entsprechend hoch.

Das verlangt klare Ziele, Berechenbarkeit und das Bewußtsein:

Wir können es uns als bevölkerungsstärkstes Land der EU, als weltweit drittgrößte Industrienation und zweitstärkster Exporteur nicht leisten, herumzuexperimentieren! Vor allem nicht, wenn es - wie bei Bundeswehr und NATO - um vitale Sicherheitsinteressen von uns und unseren Partnern geht!

Da kann sich Deutschland keine Geisterfahrer leisten!

Erstmals werden im ersten Halbjahr 1999 die Präsidentschaften von WEU und EU aneinander gekoppelt. Politik, Wirtschaft und Sicherheit in Europa wachsen zusammen.

Wer hier immer noch glaubt, sich deutsche Sonderwege leisten zu können, schadet unserem Land!

Nationale Kirchturnspolitik - in welcher Farbe auch immer - hat in Europa keinen Platz mehr!

Ich sage das auch mit Blick auf den Vertrag von Amsterdam, den wir heute abschließend beraten.

Der Ausschuß für die Angelegenheiten der Europäischen Union hat mit den Stimmen der Fraktionen von CDU/CSU, F.D.P und SPD empfohlen, den von der Bundesregierung vorgelegten Gesetzentwurf anzunehmen.

Ein wichtiges Signal der Gemeinsamkeit für ein modernes handlungsfähiges Europa!
Dieser Vertrag hat die Europäische Union ein gutes Stück handlungsfähiger gemacht und damit die Voraussetzung für die Aufnahme der Erweiterungsverhandlungen geschaffen.
Ein Hauptanliegen der Bundesregierung!

Dieser Durchbruch war angesichts unterschiedlicher Interessen von 15 Mitgliedstaaten nicht einfach zu erzielen.

Wir haben dafür in der gesamten Zeit der Regierungskonferenz und in Amsterdam selbst gekämpft und waren am Schluß erfolgreich!

Die erreichten Fortschritte können sich sehen lassen:

Der Vertrag

gibt der Gemeinsamen Außen und Sicherheitspolitik der EU Gesicht und Stimme, stärkt das Mehrheitsprinzip - also die Geschlossenheit unseres Handelns;
er räumt dem Europäischen Parlament mehr Mitentscheidung ein; ein wichtiges Plus für die Demokratie in Europa!

den größten Fortschritt bringt Amsterdam jedoch bei der inneren Sicherheit, der europaweiten Bekämpfung des organisierten Verbrechens, beim Schutz vor Kriminellen und Schleusern, in der Asyl- und Visapolitik - alles brennende Anliegen unserer Bürger!

Die Kompetenzen von Europol sind gestärkt worden.

Schengen wird unter das Dach der EU geführt.

Erstmals geht die Europäische Union "gemeinschaftlich" gegen das organisierte Verbrechen und den Menschenhandel vor, schützt sich gegen illegale Zuwanderung.

Deutschland hatte im Jahre 1996 52% der Asylbewerber in der EU zu verkraften.

Deshalb mußten wir beim Asyl und der Einwanderung sicherstellen, daß hier auch künftig das Einstimmigkeitsprinzip gilt.

Das hat nichts mit "Europamüdigkeit" zu tun, sondern mit unserer Sondersituation in dieser Frage.

Auch die besonderen Anliegen unserer Länder haben wir berücksichtigt und durchsetzen können.

Es ist uns gelungen, unsere föderalistische Grundüberzeugung zu verankern, daß Subsidiarität, also Bürgernähe, Vorrang vor zentralistischen Lösungen hat.

Nach langer Diskussion gelang es, die Grundlagen unseres öffentlichrechtlichen Rundfunks und unseres bewährten Sparkassenwesens abzusichern.

Und wir haben den Ausschuß der Regionen gestärkt.

Das waren extrem schwierige Verhandlungen!

Und die Durchsetzung eines Großteils unserer Ziele ist ein großer Erfolg für die Europa Politik der Bundesregierung!

Dafür möchte ich nochmals allen, die dabei mitgeholfen haben, in erster Linie Herrn Bundeskanzler Kohl, den Mitarbeitern der Bundesregierung, vor allem auch Staatsminister Hoyer, herzlich danken.

In Amsterdam ist für Deutschland und Europa viel erreicht worden!

Was soll da Stimmenthaltung?

Wenn in den zurückliegenden 40 Jahren ein so "entschlossenes Jein" unsere Richtschnur gewesen wäre, würde Europa heute noch als eine Gemeinschaft für Kohle und Stahl vor sich hindümpeln!

Wer die europäische Einigung voranbringen und weiter festigen will, der muß bereit sein, Verantwortung zu übernehmen!

Und das mutig und richtungsweisend!

Mit Ihrer Europapolitik nach der Devise "Wasch mich, aber mach mir den Pelz nicht naß" können Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen von den Grünen, unsere Partner in der Europäischen Union nicht überzeugen. Politikfähigkeit setzt Glaubwürdigkeit und Verantwortungsbereitschaft voraus!

Das ist der Maßstab, an dem Sie - aber eben auch unser Land - in Europa gemessen werden!

Meine Damen und Herren,
die am vergangenen Freitag vorgelegten Wirtschafts und Finanzdaten der Mitgliedstaaten sind eine eindrucksvolle Bilanz europäischer Stärke, Disziplin und Konvergenz, die vor Jahren noch niemand für möglich gehalten hätte.
Was mußte sich der Kollege Waigel doch alles an Vorwürfen und Cassandra-Rufen anhören?
Er hat Recht behalten.
Daß die Europäische Zentralbank nach Frankfurt kommt, ist ein Symbol:
Europa hat die Stabilitätskultur der DM übernommen - und zwar mit Erfolg!
Ein Grund für uns zur Genugtuung!

Der Euro kommt wie vorgesehen zum 1.1.1999 daran gibt es heute keinen Zweifel mehr!
Daß dieser Schritt zu einer gemeinsamen europäischen Währung richtig und notwendig für unser Land ist, wird von der überwältigenden Mehrheit in diesem Hause bejaht.
Ein Großteil unserer Bürger ist allerdings noch skeptisch.
Hier ist von uns Politikern weiter Überzeugungsarbeit verlangt.
50 Jahre D-Mark das ist eben zu einem Stück deutscher Identität, deutschen Wiederaufbaus, deutscher Schaffenskraft nach Krieg und Zerstörung geworden.
Aber auch das Vertrauen in die D-Mark wuchs erst mit der Zeit.
Und ich bin überzeugt, daß es mit dem Euro genauso sein wird.
Wenn seine Vorteile erstmal sichtbar werden, dann wird sich auch die Haltung unserer Bürger ändern.

Zwei Dinge werden deutlich werden:

Erstens: Alles, was in der Vergangenheit den Erfolg der DM ausgemacht hat, wird bewahrt und lediglich auf breitere europäische Füße gestellt!

Zweitens: Den Schritt von der DM zum Euro tun wir doch gerade aus dem Grunde, um all das, was die D-Mark für uns Deutsche erbracht hat, in einer veränderten Welt auch für die Zukunft zu sichern!

Der Euro ist für Deutschland und Europa ein notwendiges Stück Anpassung an die neue Weltwirtschaft und damit Zukunftsicherung!

Weil wir erst durch den Euro das Maximum aus der eigentlichen Trumpfkarte der Europäischen Union herausholen: dem großen Binnenmarkt mit jetzt 370 und künftig 470 Millionen Bürgern.

Um so wichtiger ist es jetzt, daß sich Wirtschaft und Verwaltung auf den Euro vorbereiten.
Deshalb nochmals meine Bitte an die Länder, die hier vor allem zuständig sind: Handeln Sie rasch und pragmatisch!
Deutschen Unternehmen dürfen keine Wettbewerbsnachteile entstehen, nur weil unsere Bürokratie nicht von der Stelle kommt.

Meine Damen und Herren, was für den Euro gilt, gilt auch für die zweite strategische Weichenstellung für unseren Kontinent:
Der Erweiterungs-Zug rollt.

Am 12. März findet in London erstmals die Europa-Konferenz statt.
Das Angebot zur Teilnahme richtet sich nach wie vor auch an Ankara.
Ich betone das heute erneut, weil dies für uns Deutsche als Freunde und Partner der Türkei, als Wahlheimat von über 2 Mio. Türken, ein besonderes Anliegen ist.
Die Tür für die Türkei nach Europa bleibt offen!

Am 30. März fällt unter Anwesenheit der Außenminister aller zehn Kandidaten aus Mittel und Osteuropa sowie Zyperns der Startschuß für den eigentlichen Beitrittsprozeß.
Damit wird untermauert: Niemand wird aus dem weiteren Prozeß ausgeschlossen!

Am 31. März werden dann die Verhandlungen mit der ersten Gruppe, also mit Polen, Ungarn, Tschechien, Estland, Slowenien und Zypern offiziell eröffnet.

Die wirtschaftlichen Vorteile der Ost Erweiterung liegen auf der Hand.

Wir integrieren die Region mit den inzwischen weltweit höchsten Wachstumsraten.

Mit 41% an den EU Gesamtausfuhren ist Deutschland der größte Exporteur in die MOE Staaten, gefolgt von Italien und Österreich.

Wir haben zweistellige Zuwächse, unser Handel mit der Region übertrifft inzwischen den mit den USA.

Alle seriösen Berechnungen zeigen: Die Erweiterung ist innerhalb des geltenden EU-Finanzrahmens machbar.

Aber natürlich ist sie nicht umsonst zu haben.

Und selbstverständlich müssen wir uns auf schwierige Detailverhandlungen einstellen, die beiden Seiten Zugeständnisse abverlangen.

Deshalb dürfen wir neben den wirtschaftlichen Chancen der Erweiterung nicht ihr zentrales politisches Motiv aus dem Auge verlieren:

Die EU-Erweiterung ist zusammen mit der Nato-Öffnung und der Einbindung Rußlands und der Ukraine der Kern unserer Anstrengungen um ein dauerhaft friedliches und stabiles Europa.

Wir nutzen damit eine Jahrhundertchance - nämlich den Fall des Eisernen Vorhangs und des Zusammenbruchs kommunistischer Diktatur - für eine bessere gemeinsame europäische Zukunft.

Was sich im ehemaligen Jugoslawien abgespielt hat, darf sich nicht noch mal ereignen.

In Bosnien-Herzegowina zeichnet sich endlich eine Wende zum Besseren ab.

Vor zwei Wochen bin ich nach Banja Luka gereist, um zu zeigen, daß wir neuen Friedenswillen und Versöhnungsbereitschaft auch honorieren.

Wir erwarten aber auch, daß das Jahr 98 zum Jahr der Flüchtlingsrückkehr wird!

Im Kosovo glimmt die Lunte.

Wir müssen alles tun, damit hier nicht eine ganze Region in Brand gerät.

Auf meine Initiative hat sich vorgestern die EU mit dieser Frage befaßt.

Der britische Außenminister Cook konferiert heute in seiner Eigenschaft als Ratspräsident mit Präsident Milosevic.

Am Sonntag werde ich mit der amerikanischen Außenministerin Albright in Bonn hierüber beraten.

Anfang der Woche wird die Internationale Kontaktgruppe auf Außenministerebene in London nach Lösungen suchen.

Ich werde am 19. dieses Monats zusammen mit meinem französischen Kollegen Védrine ebenfalls nach Belgrad reisen.

Präsident Milosevic muß wissen: Eine friedliche Lösung des Kosovo-Problems ist Teil der Rückfahrkarte der Bundesrepublik Jugoslawien nach Europa!

Das politische Ziel muß eine Änderung des Status quo - sein mehr Rechte für die unterdrückte albanische Bevölkerungsmehrheit im Kosovo, also mehr Autonomie bei vollständiger Wahrung der territorialen Integrität der Bundesrepublik Jugoslawien.

Meine Damen und Herren,

der Vertrag von Amsterdam bringt Europa ein gutes Stück nach vorne, er ist aber kein Endpunkt.

Viele Fragen stehen noch offen:

Nach welchen Regeln kann und soll denn eine Union mit über 20 Mitgliedstaaten funktionieren?

Welches Europa wollen wir letztlich?

Wo liegen über den derzeitigen Erweiterungsprozeß hinaus die geographischen Grenzen der Europäischen Union?

Schritt für Schritt werden wir diese Fragen beantworten müssen.

Euro und Erweiterung werden dabei neue Fakten setzen, neues Bewußtsein schaffen, Europa in einer Weise verändern, wie wir es in allen Einzelheiten heute noch gar nicht abschätzen können.

Zentral bleibt, in jeder Etappe der Integration den Zusammenhalt der Mitgliedstaaten zu erhalten und die Unterstützung unserer Bürger.

Das ist das Wichtigste, und dazu gehört ganz entscheidend, daß wir uns immer wieder der geistig kulturellen Dimension der europäischen Einigung bewußt bleiben und diese stärken. Unser gemeinsames Europa ist mehr als Außenzölle und Marktordnungen, muß mehr bleiben, wenn es Bestand haben soll!
Unsere Bürger müssen sich mit ihren Hoffnungen und Sorgen in "ihrem Europa" gut aufgehoben fühlen. Deshalb: kein Technokraten-Europa, sondern ein Europa der Bürger!
Das verlangt Maß und Gleichgewicht - zwischen Weltoffenheit, Modernität und Effizienz einerseits und dem Bedürfnis unserer Bürger nach Geborgenheit, Identität und Tradition andererseits.
Ein solches Europa für die Menschen - das muß und wird unser Kompaß bleiben! Für eine gute Zukunft unseres Landes!